

*Michael Wolffsohn plädierte hier für Jordanien als künftigen Staat der Palästinenser – eine Widerrede*

## In den Grenzen von 1967

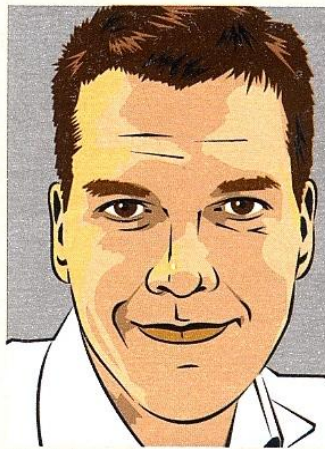
VON MICHAEL BRÖNING

**V**or Kurzem präsentierte Michael Wolffsohn an dieser Stelle seinen Lösungsvorschlag für den israelisch-palästinensischen Konflikt. Die Palästinenser könnten ihren Staat bekommen, indem Jordanien zu Palästina umgeformt würde.

Der Vorschlag mag zunächst bestechen. Er hat jedoch einen Schönheitsfehler: Die Beteiligten wollen davon nichts wissen – aus gutem Grund. Sicher, das jordanische Königshaus täte gut daran, die Integration der Palästinenser voranzutreiben. Genau zu diesem Zweck hat König Abdullah kürzlich eine Wahlreform in Aussicht gestellt, die den palästinensischen Jordaniern größeres Gewicht einräumen soll.

Auch die Palästinenser wünschen sich mehr Mitsprache. Aber es sind nicht sie, die – wie Wolffsohn schreibt – „seit jeher die 1921 von den Briten importierte Haschemitenfamilie als Fremdherrschaft“ empfunden haben. Der Fehler: Palästinenser waren 1921 noch gar nicht im Land. Sie flohen erst 1948 und 1967 über den Jordan.

Hier schließt sich der Kreis zur Westbank, und hier verabschiedet sich Wolffsohn völlig von der Realität. Sein Vorschlag wirbt für eine „palästinensisch-jordanische



» Seit 18 Jahren  
verhandeln  
die Palästinenser  
über einen  
eigenen Staat.  
Die Zeit ist reif «

Bundesrepublik“ unter Beibehaltung der israelischen Siedler. Hier hätte ein Blick auf die Landkarte des Nahen Ostens genügt. So verweist die israelische Menschenrechtsorganisation Betsalem darauf, dass israelische Siedler nur ein Prozent der Westbank bewohnen, aber 40 Prozent des Territoriums kontrollieren. Dies nicht zuletzt durch mehr als 500 Straßensperren.

Trotz dieser Hürden hat sich die palästinensische Re-

gierung unter Präsident Mahmud Abbas in den vergangenen Jahren daran gemacht, die Strukturen eines Palästinenserstaats in den Grenzen von 1967 aufzubauen. Denn ein eigener Staat bleibt das Ziel der Palästinenser. Vetternwirtschaft wurde bekämpft, Verwaltungen reformiert, militante Gruppen entwaffnet. Im April bescheinigten der Internationale Währungsfonds und die UN, dass die Palästinensische Autonomiebehörde nun „bereit für einen Staat“ sei.

Genau an diesem Punkt muss die Staatengemeinschaft – und Israel – ansetzen. Denn Selbstbestimmung sollten Palästinenser nicht – wie Wolffsohn vorschlägt – durch Zugeständnisse des jordanischen Königs erhalten, sondern durch ein Ende der israelischen Besatzung des Westjordanlands. Seit vollen 18 Jahren verhandeln Palästinenser mit Israel über einen eigenen Staat. Seit 18 Jahren warten sie auf Ergebnisse. Michael Wolffsohn hat in einem – aber nur in einem einzigen – Punkt völlig Recht: „Die Zeit für einen Palästinenserstaat ist reif“.

**MICHAEL BRÖNING**, 35, leitet die Friedrich-Ebert-Stiftung in Jerusalem. Er ist Autor von: „The Politics of Change in Palestine“.